

ÖHGB: Weitergabe von Immobilien in der Familie muss finanzierbar bleiben!

Utl: ÖHGB-Präsident Prunbauer begrüßt die Bereitschaft von Vizekanzler Mitterlehner zum Einlenken bei den geplanten Grunderwerbsteuerregelungen und fordert die Bundesregierung auf sicherzustellen, dass Übertragungen von privatem Immobilienbesitz innerhalb des Familienverbandes nicht weiter erschwert werden dürfen.

Wien (OTS) – „Aktuellen Berechnungen zufolge hätten die in Aussicht genommenen Änderungen bei der Grunderwerbsteuer die Steuerschuld bei Schenkungen und Erbschaften innerhalb einer Familie um ein Vielfaches erhöht“ weiß Martin Prunbauer anhand von konkreten Beispielen zu berichten und betont: „Dies hätte eine Weitergabe von Immobilien gerade im mittelständischen Familienbereich erschwert, sogar unmöglich gemacht.“

Der ÖHGB begrüßt daher die Einsicht von Vizekanzler Dr. Mitterlehner, dass eine derartige Weitergabe nicht unbillig erschwert werden soll und etwa eine Deckelung offensichtlich angedacht ist – die parlamentarische Bearbeitung bleibt abzuwarten. Jedenfalls muss sichergestellt sein, dass auch privater Immobilienbesitz weiter in privatem (Familien)besitz bleibt.

Die Bundesregierung ist weiters dazu aufgerufen, nach den - in letzter Zeit übermäßigen - Belastungen des Immobilienbesitzes (Erhaltungspflicht, Grunderwerbsteuer, Immobilienertragsteuer) mit äußerster Umsicht vorzugehen, damit in der laufenden Mietrechtsdiskussion eine eigentumsfreundliche Lösung gefunden wird. Privater Immobilienbesitz in Österreich – immerhin leben 60 % der Österreicher im Privateigentum – bildet eine wesentliche Säule der Eigenversorgung und muss daher unter allen Umständen attraktiv und zukunftsfähig bleiben.

Rückfragehinweis:
Mag. Edda Cosentini
E-Mail: office@oehgb.at
Tel.: 0676 5608060